16. Forum Zahnmedizin und Bundeswehr

Heute bei der Bundeswehr – morgen in der eigenen Praxis?

„Sie sollen dort arbeiten, wo Sie es möchten und frei über die geeignete Therapieform entscheiden können.“ Dies betonte der Bundesvorsitzende des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ), Harald Schrader, beim 16. Forum für Zahnmedizin und Bundeswehr, zu dem der Beta Verlag im November nach Bonn eingeladen hatte.

Schrader unterstrich in seinem Grußwort die politischen Ziele des FVDZ, darunter besonders die Erhaltung der Therapiefreiheit und die Förderung freiberuflicher Versorgungsstrukturen.

Zudem stellte er einige Angebote vor, mit denen der Freie Verband seine Mitglieder bei der Existenzgründung oder im Praxisalltag unterstützt. Als ein Beispiel nannte er die kostenfreie praxisbezogene Rechtsberatung. Hier haben die Mitglieder die Möglichkeit, rechtliche Probleme zu klären oder auch ihren ersten Arbeitsvertrag von erfahrenen Experten prüfen zu lassen. Möchte ein Zahnarzt nach der Bundeswehrzeit eine Praxis aufbauen oder übernehmen, sei zudem auch die professionelle Unterstützung bei der Existenzgründung Teil der Leistungen des FVDZ, erklärte Schrader den zahnärztlichen Sanitätsoffizieren. Außerdem haben sowohl Mitglieder als auch Nichtmitglieder kostengünstig die Möglichkeit, deutschlandweit an einem vielseitigen Seminar- und Kongressangebot teilzunehmen.

„Werden Sie Teil dieser Gemeinschaft, denn je mehr wir sind, desto erfolgreicher können wir etwas zusammen erreichen“, rief Schrader die Teilnehmer der Veranstaltung auf. Der FVDZ war beim Forum für Zahnmedizin und Bundeswehr mit einem Stand vertreten, an dem sich rund 100 Zahnärzte über die Leistungen des Freien Verbandes informieren konnten. es

EU-Entscheidung

Weniger Amalgamfüllungen

Die Europäische Union (EU) will den Einsatz von Amalgamfüllungen reduzieren, aber vorerst nicht komplett verbieten. Das gab die EU-Kommission im Dezember bekannt. Demnach soll ab 1. Juli 2018 Amalgam bei Kindern sowie schwangeren und stillenden Frauen lediglich in Ausnahmefällen verwendet werden. Nach EU-Angaben wird in den nächsten drei Jahren geprüft, ob die Zahnärzteschaft ab 2030 komplett auf die Nutzung verzichten könne. Die aktuelle Entscheidung ist ein Kompromiss zwischen EU-Parlament, das Amalgamfüllungen komplett verbieten wollte, und der Kommission, die sich für eine Reduzierung ausgesprochen hatte. Vermutet wird, dass mit dem Kompletterbot eher der enorme Kostenaufwand der Umstellung auf Kapselamalgam und die europaweite Einführung von Amalgamabscheidern (wie in Deutschland seit Jahrzehnten vorgeschrieben) umgangen werden sollte.

Die Argumente der Amalgam-Gegner halten jedenfalls einer wissenschaftlichen Betrachtung nicht stand. So hat Zahnmediziner Dr. Georg Meyer, Professor am Zentrum für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde der Universität Greifswald, in einem Radio-Interview auf die hohe Sicherheit und den hohen Stellenwert von Dentalamalgam als Füllungswerkstoff hingewiesen. Die Forschung belege, dass Amalgam zukunftssträftig sei und Komposite in vielen Fällen eine weder gleichwertige noch risikoärmere Alternative darstellten. „Es zeigt sich, dass unter medizinischen Aspekten und unter Umweltaspekten Amalgam der bessere Kompromiss ist als die Kunststofffüllung“, sagte Meyer bei „Euranet Plus“, einem Radionetzwerk für EU-Informationen. cas/jh

© LaneW/fotolia.com

++Termine und Personalien +++ Termine und Personalien +++ Termine und Personalien +++ Termine und Personalien

Bundestag

Kieferorthopäde Höschel ist neuer Abgeordneter

Ein Fachzahnarzt für Kieferorthopädie im Deutschen Bundestag: Dr. Mathias Höschel (CDU) sitzt seit Ende vergangenen Jahres im Parlament. Der Christdemokrat rückte für den verstorbenen Bundestagsvizepräsidenten Peter Hintze (CDU) nach.

Höschel studierte Zahnmedizin in Aachen und absolvierte eine zahnärztliche Weiterbildung und mehrjährige Ausbildung zum Fachzahnarzt für Kieferorthopädie. Danach ließ er sich 1999 in eigener Praxis nieder. Höschel ist Mitglied in verschiedenen Fachgesellschaften und im Vorstand des Berufsverbandes Deutscher Kieferorthopäden. Zudem ist er Sprecher des Bundesvorstandes der kieferorthopädischen Interessengemein-

schaft. Nach Angaben der Online-Ausgabe der „Rheinischen Post“ brachte der Christdemokrat seine gesundheitspolitische Expertise bisher vor allem in außerparlamentarischen Gremien ein. Seit 2004 setzt er sich im Gesundheitspolitischen Arbeitskreis der CDU in Nordrhein-Westfalen (GPA-NRW) für die Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen in Deutschland ein. Dort ist er an der Seite von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) und dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann (CDU), in namhafter gesundheitspolitischer Gesellschaft. cas